



StEA TR
Stadtelternausschuss
Trier

Umfrage zur Kommunalwahl 2024

ANTWORTEN DER PARTEIEN & GRUPPIERUNGEN

STADTELTERNAUSSCHUSS TRIER

Der Stadtelternausschuss Trier hat im Vorfeld der Kommunal- und Europawahl am 09.06.2024 die Parteien und Gruppierungen des Trierer Stadtrates zu wichtigen Themen der Kita-Landschaft befragt. Kitas gehören zu den kommunalen Pflichtaufgaben, daher möchten wir gerne wissen, wie sich die Parteien und Gruppierungen für die Kita-Eltern in Trier einsetzen möchten.

Ziel war es einerseits wichtige Probleme direkt mit den Akteuren der lokalen Politik zu besprechen und auf diese Probleme nochmals aufmerksam zu machen. Andererseits wollen wir mit dieser Übersicht den Familien eine Entscheidungshilfe an die Hand geben, denn die kommende Wahl beeinflusst auch die Belange der (jungen) Familien und ihrer Kinder in besonderem Maße und stellt maßgebliche Weichen für den weiteren Lebenserfolg der jungen Generationen.

Die eingegangenen Antworten haben wir hier als Übersicht zusammengestellt. Die Reihenfolge entspricht der derzeitigen Verteilung im Stadtrat Trier.

Wir danken allen Parteien für Ihre Kooperation und den regen Austausch mit uns!

*„Wir weisen darauf hin, dass die Antworten der jeweiligen Parteien in dem entsprechenden Kontext betrachtet werden müssen.
Die Mitglieder des StEA verstehen sich als politisch neutrales Gremium.
Die Anschauungen einzelner Parteien spielen nicht unsere persönlichen Meinungen wieder.“*

Fachkräftemangel / Personalgewinnung

Der Fachkräftemangel ist derzeit in allen Wirtschaftsbereichen ein großes Problem. Gerade im Bereich Kita und frühkindliche Förderung sind die Auswirkungen auf die Gesellschaft und Wirtschaft extrem; sei es, weil Arbeitskräfte aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht oder nur teilweise arbeiten können oder weil Förderung und Bildung zukünftiger Generationen leidet. Was können Sie als Partei konkret dagegen zu tun?



Bündnis 90 / Die Grünen sehen dieses Thema mit großer Sorge, es ist alles andere als nur ein exklusives kommunales Thema und die Antworten werden auch nicht nur kommunal zu finden sein... Trotzdem haben wir Ideen, die insbesondere für Trier mit kommunalen und freien Trägern Anwendung finden können oder auch schon gefunden haben.

- Bereits während den Zeiten der Notbetreuung konnten mit Unterstützung der grünen Dezernentin Elvira Garbes Springer:innen aus dem eigenen Personalstamm eingesetzt werden, die kurzfristig unterstützen konnten
- Wir setzen uns dafür ein, dass Ausbildungszeiten verkürzt werden und Zugangskriterien zur Ausbildung vereinfacht werden ohne dadurch qualitative Einbußen zu erfahren, z. Bsp. Überdenken der vorgeschalteten Sozialassistenten-Ausbildung bei bestimmten Schulabschlüssen oder Fokussierung auf berufsrelevante Ausbildungsfächer (Abschluss sollte nicht an einer Note in Mathematik oder Englisch scheitern)
- GRÜN sieht eine signifikant höhere Einbindung in den höheren Lehrjahren in die Praxis, inkl. Vergütung als eine Art Modell der Dualen Ausbildung, das es in anderen Ländern bereits gibt. Warum nicht auch in Trier? Da machen wir uns für stark
- Vereinfachung von Arbeits-Erlaubnissen von Menschen mit Migrations-Biographien, bzw. mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, begleitende Sprachkurse unbedingt, ggf. auch finanziell möglich machen
- Anerkennung von Freiwilligendienst-Zeiten auf die kommende Ausbildung und Bewusstsein schärfen für ein gelingendes FSJ oder BFD als Vorstufe zur Ausbildung in einer Kindertagesstätte
- Attraktivität der Gehälter erhöhen mit u.U. Nachverhandlungen mit der Stadt, den freien Trägern und der Re-Finanzierung durch das Landesjugendamt
- Ein wichtiges GRÜNES Thema: Inklusiver denken, es gibt auch bei jungen Menschen mit Behinderungen großes Potenzial und Ressourcen. Viele lieben ihren Job und können diesen auch gelingend ausüben, wenn sich Arbeitgebende mehr darauf einlassen. Auch Menschen mit Einschränkungen bereichern den Arbeitsmarkt
- Gegebenenfalls darf die Kommune über eine Erweiterung der Angebote von neuen KiTas und von neuen freien Trägern nachdenken. Wenn es gute Ideen für neue KiTas gibt, Konzepte pädagogisch stimmig sind und Betriebserlaubnisse erwartbar sind, dann lohnt sich jedes Gespräch, um potenziell mehr Plätze zu schaffen und Bedarfe zu bedienen.



Sie haben gut beobachtet: der Fachkräftemangel ist ein großes Problem für die frühkindliche Förderung gerade im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Wir müssen frühzeitig in Gymnasien/Realschulen für den Beruf werben und Einfluss auf die Stadt und andere Träger nehmen, sich an Jobbörsen zu beteiligen, wenn es um den beruflichen Werdegang von Schulabsolventen geht. Außerdem muss der finanzielle Anreiz vergrößert werden, damit der Beruf attraktiver wird. Außerdem möchten wir auf bessere Rahmenbedingungen hinwirken wie z.B. Reduzierung der Gruppenstärke von 25 auf 20 bis 22 Kinder. Eltern sollen außerdem stärker bei der Gestaltung der Kitaarbeit einbezogen werden. Deshalb begrüßen wir als CDU sehr, dass Sie als Stadtelternausschuss verstärkt beim Jugendamt um mehr Mitwirkung und Mitsprache und finanzielle Mittel/Ausstattung werben. Wir als CDU werden Ihre Anträge im Jugendhilfeausschuss daher unterstützen und fördern.

Ein erster Erfolg in der letzten Legislaturperiode war der beschlossene Antrag der CDU Fraktion, den Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Bisher durften je Einrichtung nur eine Ausbildungsstelle angeboten werden. Wenn die Voraussetzungen (Fachanleitung, Größe der Einrichtung etc.) stimmen, ist zumindest jetzt die Möglichkeit da, mehr Fachkräfte auszubilden. Dass es weitere Probleme gibt, siehe oben...



Die Trierer SPD hat erfolgreich den Antrag im Stadtrat mit gestellt, dass alle Kitas in der Stadt mehr ausbilden dürfen als bisher - sofern sie das wollen und stemmen können. Dies ist eine wichtige Verbesserung zur Fachkräftegewinnung und geht einher mit der Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für Erzieher:innen an den Berufsschulen durch das Land RLP. Die SPD unterstützt die konsequente Fortentwicklung der Kitabedarfsplanung sowie den stetigen Abgleich zwischen Elternbedarfen und Angeboten und wird weiterhin den Ausbau an Kitaganztagsplätzen vorantreiben, um den landesweiten Spitzenplatz bei der Kitaversorgung zu verteidigen.



Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen allein in Rheinland-Pfalz bis 2025 über 5000 Erzieher. Da der Fachkräftemangel nahezu alle Branchen betrifft und sich aufgrund der demographischen Entwicklungen verschärfen wird, ist das ein kaum lösbares Problem. Hilfreich wären bessere Arbeitsbedingungen in den KiTas, etwa durch kleinere Gruppen und mehr Zeit für die unmittelbare Arbeit am Kind. Dass die Landesregierung in der Vergangenheit vor allem auf die Steigerung der KiTa-Platzzahlen und eine Erweiterung des Angebots gesetzt hat, ohne die entsprechenden räumlichen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, sehen wir wegen der damit verbundenen Absenkung der Betreuungsqualität außerordentlich kritisch. So liegt der Fachkraft-Kind-Schlüssel gerade im sensiblen U3-Bereich deutlich unter dem, was Kinderärzte und Psychologen als Mindeststandard beschreiben. Der KiTa-Fachkräfteverband spricht – trotz allen Engagements der Erzieherinnen und Erzieher – von einer Gefährdung des Kindeswohls in vielen Einrichtungen (<https://lokal.de/artikel/311648/verband-kita-fachkraefte-rlp-warnt-kita->

gesetz-schafft-mehr-probleme-kindeswohl-gefaehrdet/). Das ist ein Skandal und für uns nicht hinnehmbar.

Um den Fachkräftemangel zu lindern, setzen wir ausdrücklich auch auf eine Stärkung der Familien. Nachdem der Staat in den letzten Jahren immer mehr Erziehungsaufgaben an sich gezogen hat, wollen wir die Eltern stärker in die Pflicht nehmen. Insbesondere bei den ganz Kleinen sollten die Familien in die Lage versetzt werden, sich wieder intensiver um ihre Kinder zu kümmern. Da dies häufig an wirtschaftlichen Zwängen scheitert, fordert die AfD die Einführung eines Landeserziehungsgeldes im Anschluss an das Elterngeld, um es Müttern und/oder Vätern zu ermöglichen, ihre Berufstätigkeit vorübergehend zurückzufahren und dadurch Familienzeit zu gewinnen. Da ein U3-KiTa-Platz in Rheinland-Pfalz mit rund 1000 Euro steuerlich subventioniert wird, wäre eine solche Maßnahme problemlos finanzierbar und würde Eltern eine deutlich größere Wahlfreiheit eröffnen. Zudem könnte der personelle Druck auf die Kitas spürbar reduziert werden. Nicht zuletzt käme ein Mehr an familiärer Betreuung in den ersten, stark bindungsorientierten Lebensjahren den betroffenen Kindern zugute.

Die Linke

Der Fachkräftemangel im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde von der GEW bereits seit Mitte der 1990er Jahren befürchtet. Durch den bundesweiten Ausbau des Rechtsanspruchs und die teils verheerende Personalpolitik in den östlichen Bundesländern konnte eine fatale Entwicklung erwartet werden. Es fehlen nach den Berechnungen von Bertelsmann bundesweit mehr als 400.000 Kita-Plätze - trotz der Fortschritte beim Ausbau von Angeboten und des geltenden Rechtsanspruchs für Über-Einjährige auf einen Betreuungsplatz. Dies ist nun auch in rheinland-pfälzischen Kindertageseinrichtungen spürbar, denn es fehlt massiv an Fachkräften. Der „Fachkräfte-Radar für Kita und Grundschule“ stellte 2021 fest, dass in Rheinland-Pfalz bis 2030 etwa 16.000 Fachkräfte in den Einrichtungen fehlen werden.

Zielgruppenspezifische Werbung für das Berufsbild Erzieher:in

Die Ankündigung der Landesregierung, mit einer Kampagne junge Menschen für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen zu gewinnen, ist zielführend. **Das Gleiche erwarten wir von der Stadt Trier!** Es ist dabei notwendig, dass diese Kampagne gemeinsam mit Trägerorganisationen und Praxisvertretungen entwickelt und zielorientiert verbreitet wird.

Auszug aus der Rede zum Ä-Antrag der Linksfraktion zum Antrag der CDU: Erhöhung der Ausbildungskapazitäten:

„Wir sehen die aktuelle Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen als so dramatisch an, dass unmittelbar und zielführend vom Land aber auch von uns als Stadt Maßnahmen ergriffen werden müssen, die Personalsituation in den Kitas zu verbessern. Die Verantwortung hierfür und die Debatte darüber sind prioritär und mit einem höchsten Maß an Öffentlichkeit zu behandeln, denn es liegt in der Verantwortung aller hier im Stadtrat, dafür Sorge zu tragen, dass das Recht auf gute Bildung und Förderung in Trier auch bei den jüngsten Mitbürger:innen umgesetzt wird.

*Deshalb müssen die Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen und in den Kitas drastisch erhöht werden. Praxisanleiter*innen müssen für ihre Arbeit mit den Auszubildenden*

angemessen zeitlich entlastet werden. Dann wird die Anzahl derjenigen, die Praxisanleitung machen, auch schnell erhöhen.

*Unabhängig davon soll geprüft werden, inwieweit die Ausbildungsoffensive durch gezielte (Werbe-)Maßnahmen an Schulen, bei der Berufsberatung, bei der Jobbörse usw. durchgeführt werden können. Dabei soll auch eine Prüfung der bestehenden Anzahl und eine mögliche Erhöhung der Praktikant*innenstellen stattfinden. Andere Möglichkeiten sind: Schnuppertage für Schüler*innen, Aufwertung und Wertschätzung des Berufsfeldes, berufliche (Über-)Belastungen reduzieren, Erschwerniszulagen für päd. Fachkräfte, höheres Entgelt, höhere zeitliche Entlastung von Kita-Leitungen, Kita-Sekretär*innen durch die Stadt einsetzen u.a.m.“*



Fachkräftemangel ist in fast allen Bereichen vorhanden. Daher müssen natürlich auch die Träger wie die Stadt, sich diesem „Kampf“ um Fachpersonal stellen. Das bedeutet das man auch als Arbeitgeber attraktiv sein muss, gerade in der Grenznahe zu Luxemburg. Dies gilt nicht nur für den monetären Bereich sondern ebenso für Arbeitszeitmodelle, flexiblere Einteilung und keiner Deckelung von Ausbildungsplätzen durch den Träger. Außerdem wünschen wir uns einen bessern Austausch der Träger untereinander. Ebenso muss das Personal flexibler innerhalb der Stadt eingesetzt werden und eingesetzt werden können – ggf. auch über die Stadtgrenzen hinweg (Kreis usw.).



Eine Lösung kann nur durch Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen erfolgen. Wir als Stadt Trier müssen den Beruf attraktiver gestalten, soweit dies auf städtischer Ebene möglich ist. Ein Vorbild, wie man die Stadt Trier als Arbeitgeber attraktiver machen kann sind die SWT, wo es verschiedene Boni für Mitarbeiter/innen gibt z.B. Fahrkarte, Weihnachtsbaum usw.

Außerdem muss die Stadt Trier bzw. die Träger mehr für den Beruf werben z.B. Kooperationen mit Schulen im Rahmen von Berufswahlwochen und Praktika!

Wichtig: keine Konkurrenz zwischen städtischen KiTas und KiTas in privater Trägerschaft um Personal. Außerdem darf es nicht zu einer Reduzierung der Qualität bei der Ausbildung führen.

Vereinbarung von Beruf und Familie

Eines der Aushängeschilder der Stadt Trier als Arbeitgeber ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Leider fehlt dies an vielen anderen Stellen der Berufswelt weiterhin. Was sollte aus Ihrer Sicht geändert werden um die Vereinbarung von Beruf und Familie weiter zu stärken und was kann Ihre Partei in Trier dafür tun?



Wichtigste Stellschraube sind die Öffnungszeiten, die so gestaltet sein müssen, dass Eltern ihre Kinder entspannt vor Arbeitsbeginn und stress-frei nach Arbeitsende bringen und abholen können. Dies steht und fällt auch hier mit der Personalbemessung und dem auskömmlichen Fachkräfte-Anteil. Daher ist hier die Antwort in großen Teilen die Konsequenz aus dem Gelingen der Fachkräftegewinnung aus Frage 1.

Bei ganz großen Unternehmen ist auch an ein Betriebskindergarten-Modell zu denken, das auch für Mitarbeitende von Außerhalb eine Unterstützung sein kann



Die schriftliche Beantwortung dieser Frage des StEAs blieb bisher aus; sie wird veröffentlicht, sobald diese vorliegt.



Durch die oben beschriebene Ausweitung der Ausbildungsplätze in den Kitas, wird der Fachkräftemangel Schritt für Schritt entschärft. Auch die von der SPD im Land initiierte Fachkräftekampagne unterstützt dies und zeigt schon jetzt einen Anstieg in der Ausbildung – vor allem auch in der dualen Ausbildung, die wir neu ermöglicht haben. Gleichzeitig braucht es dringend, die von uns lange geforderte Kita Unter Gerst, um nur ein Beispiel zu nennen, um auch räumlich für weitere Entwicklung im Sinne der Kinder und Familien zu sorgen. Kurzum: Bildung ist für uns 1. Priorität und wir setzen dabei v. a. auf den Kitausbau und Verlässlichkeit der Betreuungsangebote. Die Umsetzung dieser Strategie auch im schulischen Bereich ist dann ebenso wichtig. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderplatz ab 2026/27 Plus, vor allem mit der Betreuung in acht von zwölf Ferienwochen als spürbare Entlastung, ist daher ein weiteres Plus für die Vereinbarkeit.



Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, muss es ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen geben. Gleichzeitig sollten auch Alternativen wie die erwähnte finanzielle Unterstützung familiärer Erziehung im U3-Bereich, die Ausweitung von Home-Office-Optionen seitens der Wirtschaft sowie eine stärkere Bezuschussung der Kindertagespflege als flexibler und familiennaher Betreuungsform gefördert werden. Die von manchen Parteien angestrebte weitgehende oder gar völlige Verstaatlichung der Erziehung lehnen wir ab. Nach unserer Auffassung müssen die Interessen von Familien und vor allem das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen, nicht deren bedingungslose Unterordnung unter wirtschaftliche Zwänge.

Die Linke

In erster Linie muss die Anzahl der Kita- und Krippenplätze drastisch und schnell erhöht werden, damit jedes Kind U3 und Ü3 einen entsprechenden Platz erhält. Der Bedarfsplan für die Kindertagesstätten der Stadt Trier weist große Lücken auf. Zurzeit fehlen 400 Plätze. Für die Linksfraktion ist dies eine untragbare Situation, die dringlichst behoben werden muss. Die Linksfraktion hat immer Anträge und Anfragen zur personellen Ausstattung, zur Sprachförderung, zur besten Ausstattung inklusiver Kitas sowie zur Gebäudeinstandhaltung, der materiellen Ausstattung und den Außenanlagen eingebracht und wird in der neuen Periode sich unverändert stark für den Bereich der frühkindlichen Bildung einbringen. Beste qualitativ hochwertige und inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen haben für die Linksfraktion höchste Priorität.

**Freie
Demokraten
FDP**

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche in Trier ein. Von der Kita bis zum Schulabschluss sollen Bildung und Betreuung nahtlos ineinandergreifen, um Familien zu entlasten und Chancengleichheit zu fördern. Ganztagsbetreuung bedeutet für uns nicht nur längere Öffnungszeiten sondern vor allem auch ein breites Spektrum an sinnvollen und vielfältigen Angeboten.

Öffnungszeiten / Randzeiten

Immer wieder werden aus unterschiedlichsten Gründen Öffnungszeiten verkürzt.

Dabei sind mittlerweile viele Haushalte auf längere Öffnungszeiten angewiesen, sei es aufgrund notwendiger Doppelverdiener oder Alleinerziehende etc.. Wie lautet Ihr Lösungsvorschlag für eine sozialverträgliche Lösung und wie können Sie als Partei dabei mitwirken?



- Für Neu-Bürger:innen und junge Familien ist es auch ein wichtiges Kriterium, zu wissen, dass KiTas ihre Öffnungszeiten den Bedarfen der Arbeitnehmenden anpassen. Wohlwissend, dass es immer individuelle Situationen gibt, die einzig eine 7/24-KiTa lösen kann (und das ist womöglich kurzfristig in Trier nicht seriös in Aussicht zu stellen)

- Wir als GRÜNE appellieren an Arbeitgebende auch im Sinne der familienfreundlichen Vereinbarkeit mit dem Beruf, über die Bereitschaft noch flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office-Optionen anzubieten, wo umsetzbar. Wir sind uns sicher, dass Arbeitnehmende dies als große Wertschätzung betrachten und mit Loyalität zum Unternehmen danken
- Gegebenenfalls ist auch eine kommunal gewollte und intensivere Qualifizierung von Tagesmüttern und – vätern zu betrachten, um hier noch mehr Angebote zu schaffen. GRÜN in Trier begrüßt jedes Vorhaben, pädagogisch und betreuerisch Plätze zu schaffen
- Es gibt Modelle die zum Beispiel „Caring on demand“ heißen könnten, einem Planungs-Modell zwischen Halbtags- oder Ganztagsbetreuung, deren Stundenanteile mit einer mit dem Träger zu vereinbarenden angemessenen Vorlaufzeit (zur sicheren Planung) und mit einem fairen finanziellen Kompensierungs-Modell etabliert werden kann. Auch solche Ideen finden in anderen Ländern bereits statt
- Was wir als GRÜNE mittelfristig vermeiden wollen ist die Situation, dass Eltern mit der Nachricht von Adhoc-Notbetreuung konfrontiert sind ohne eventuell alternative Möglichkeiten der Kinder-Versorgung zu haben. Hier bedarf es einer voraussehenden Planung, die auch kurzfristige Ausfälle personell kompensieren können, gegebenenfalls mit qualifizierten Ehrenamtlichen, fachlich erfahrenen Menschen im Ruhestand oder Studierenden der Erziehungswissenschaften oder Schüler:innen der Ausbildungs-Schulen (wie St. Helena in Trier), die die pädagogischen Anforderungen erfüllen



Es belastet natürlich Familien sehr, wenn aus unterschiedlichen Gründen oft sehr kurzfristig Kitas ihre Öffnungszeiten reduzieren bzw. Eltern gebeten werden, die Kinder früher aus der Einrichtung abzuholen. Wir plädieren daher dafür, dass das neue Kindertagesstätten-Gesetz dahingehend geändert wird, dass Alleinerziehende und/oder ganztägig berufstätige Eltern (bzw. Eltern mit Kindern mit Migrationshintergrund) ein Vorrecht auf einen Ganztagesplatz haben und Eltern, die nicht erwerbstätig sind bzw. halbtags arbeiten, ihre Kinder entsprechend früher abholen können. Der individuelle Bedarf der Eltern muss berücksichtigt werden. Im neuen Kindertagesstätten-Gesetz wurde mit der Gießkanne jedem Elternteil eine 7 stündige Betreuung zugesichert - unabhängig davon ob der Bedarf tatsächlich besteht bzw. ob der Platz auch regelmäßig vom Kind genutzt wird.

Wir als CDU wollen darauf hinwirken, dass der tatsächliche Bedarf vor der Aufnahme berücksichtigt wird und die Belegung/Vergabe der Plätze diese Kriterien stärker berücksichtigt. Gleichzeitig ist zu überlegen, ob es nicht für Einrichtungen, die in einem Stadtteil liegen bzw. in räumlicher Nähe befinden, eine Ganztagsnotbetreuung geben kann. Will heißen, dass zumindest ein Angebot an Eltern gemacht werden kann, sofern es für die Kinder verträglich ist (also einem Alter von 5-6 Jahren?) eine Betreuung sicherzustellen, falls die Einrichtung des Kindes, kurzfristig z.B. wegen Personalmangel (Krankheit von vielen Erzieherinnen und Erziehern) für 1 Woche oder länger verkürzte Öffnungszeiten hat. Der Stadtelternausschuss könnte Kriterien entwickeln, wie die Kitas die Ganztagsplätze sozialverträglich vergeben z.B. nach einem Punktesystem.



Greifen die Maßnahmen aus den Antworten 1 und 2, dann werden auch die Öffnungszeiten wieder in mehr Kitas wieder verlässlicher und auch über den schon erweiterten Rechtsanspruch von 7 Stunden hinaus möglich sein. Dass wir es als SPD erreicht haben, dass in Randzeiten schon heute eine andere Personaldichte gelten muss als noch vor einem Jahr, stellt gerade für Alleinerziehende oder Pendler:innen aktuell schon eine wichtige Verbesserung dar. Klar ist: Eltern und Kinder müssen ein planbares, verlässliches Angebot vorfinden, um die Förderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.



Wir erkennen an, dass ausgedehnte KiTa-Öffnungszeiten für viele Familien wichtig sind. Wo es möglich ist, sollte darauf Rücksicht genommen werden. Gleichzeitig sehen wir die finanziellen und personellen Grenzen einer stetigen Erweiterung des quantitativen Betreuungsangebotes. Realistischerweise wird es auch in Zukunft nicht möglich sein, alle Elternwünsche in dieser Hinsicht zu erfüllen. Auf jeden Fall ist darauf zu achten, dass eine altersgemäße und dem Kindeswohl im Einzelfall angemessene Betreuungszeit nicht überschritten wird.

Die Linke

Die Linksfraktion setzt sich grundsätzlich intensiv für die Anliegen von Familien ein. Um unvorhergesehene Schließungen u.a. wegen hohen Krankenständen zu vermeiden, sind von der Stadt und den Trägern Vertretungsreserven/Springer*innen vorzuhalten. Davon sind wir aber weit entfernt. Das verursacht Kosten und ist z.T. aktuell auch wegen des eklatanten Fachkräftemangels im sozial-pädagogischen Bereich schwer umzusetzen.

Die Linksfraktion stößt mit Anträgen, die Kosten verursachen bei allen anderen Fraktionen auf Ablehnung.

Durch aktive Mitarbeit bei der AG „Flexible Öffnungszeiten in Kitas“ haben wir anfänglich gegen große Widerstände der CDU und der Grünen gekämpft. Eine Klärung der Vorbehalte führte 2017 zu einer gemeinsamen Vorgehensweise und einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen (initiiert durch Linksfraktion und SPD). Das Jugendamt musste den Antrag umsetzen und entwickelte 2018 ein Konzept, welches nach einem Jahr evaluiert werden sollte. Der Stadtrat hatte „In den Kindertagesstätten „Haus für Kinder“, „Kita St. Peter“, „Kita Im Freschfeld“ werden spätestens zum 01.01.2019 insgesamt 83 Plätze mit flexiblen Öffnungszeiten in der Zeitspanne von 06:00 Uhr bis maximal 20:00 Uhr eingerichtet. Die Betreuungsdauer soll in der Regel täglich **maximal 9 Stunden** nicht überschreiten. Die Einrichtung der 38 Plätze mit erweiterten Öffnungszeiten wird durch folgende Maßnahmen ermöglicht:

- Im **Haus für Kinder** werden 2 Gruppen umgewandelt und eine zusätzliche Gruppe eingerichtet. Dadurch entstehen 14 zusätzliche Plätze.
- In der **Kita St. Peter** wird eine Gruppe umgewandelt. Damit werden 5 Plätze neu eingerichtet. Durch Einbezug von 5 Bestandsplätzen werden dann insgesamt 10 Plätze angeboten.
- In der **Kita Freschfeld** werden 14 Plätze aus der aktuellen Betriebsstruktur vorgesehen.

Die Erweiterung der Angebote wird vorerst ohne den Einsatz von zusätzlichem Personal eingerichtet da die tatsächliche Nachfrage und der zeitliche Umfang des Bedarfs noch nicht im konkreten Umfang bekannt sind. Ebenso müssen zunächst erste Erfahrungen mit der konzeptionellen Umsetzung und dem damit erforderlichen Personalbedarf gewonnen werden. Die Verwaltung wird in Abstimmung mit den Trägern der Kitas die **bedarfsgerechte Einrichtung weiterer Plätze mit flexiblen Öffnungszeiten im Stadtgebiet planen.**"

Der Ist-Stand vor dem Antrag: 8 Std. 3 Einrichtungen, 8½ Std. 3 Einrichtungen, 9 Std. 18 Einrichtungen, 9¼ Std. 4 Einrichtungen, 9½ Std. 9 Einrichtungen, 9¾ Std. 4 Einrichtungen, 10 Std. 16 Einrichtungen, 10½ Std. 2 Einrichtungen, 12 Stunden 1 Einrichtung

Eine Evaluation bzw. eine Ausweitung der Angebote hat bisher - trotz Aufforderung - nicht stattgefunden.

Die Linksfraktion wird einen entsprechenden Antrag in der neuen Legislaturperiode einbringen!



Die Betreuungszeiten sollten wenn möglich mehr an die Bedarfe der Menschen angepasst werden – auch hier benötigen wir mehr Flexibilität – die wir die ja auch von unseren Arbeitnehmern erwarten.



Um Probleme bei verkürzten Öffnungszeiten entgegenzuwirken, sollte versucht werden, eine Springerreserve bei den größeren KiTa-Trägern im Stadtgebiet einzurichten. Zudem sollte eruiert werden, ob man nicht ähnlich wie im Schulbereich die PES-Stellen (befristete Vertretungsstellen) etwas vergleichbares auch im KiTa Bereich schaffen kann, um z.B. Studierende der Pädagogik als Vertretungsreserven zu gewinnen. Fachkräfte sollten auch im europäischen Ausland angeworben werden und auch unter Flüchtlingen sollte für den Beruf geworben werden.

Hort vs. Ganztagsschule

Ab August 2026 steht Grundschulern (ab der 1. Klasse – in den Folgejahren Folgeklassen) ein Ganztagsbetreuungsplatz zu. Was wäre aus Ihrer Sicht eine Alternative und welches Modell wird von Ihrer Partei bevorzugt. Nennen Sie aus Ihrer Sicht Vor- und Nachteile beider Modelle.



- Spätestens mit dem Anspruch auf Ganztagsbetreuung 2026 zeigt sich, dass es keine Tendenz für Entweder/Oder gibt, sondern dass wir beide Ressourcen Ganztagsschule und Hort nutzen müssen, um die Bedarfe (die teils noch gar nicht mal benennbar sind) zu bedienen.
- Die Ganztagsschulen bieten in pädagogischer Sicht Vorteile in der Angebotsvielfalt in Kombinationen von qualifizierten Lehrkräften mit Aktivitäten verschiedener Kompetenzbereiche und bietet eine zwar zeitlich strukturierte Teilnahme-Zeit bis 16:00 Uhr, auf der anderen Seite jedoch eine eher wenig flexible Option in den Abholzeiten
- Im Hort sind über den täglichen Betreuungszeiten bis 16:00 Uhr auch die Ferienzeiten gesichert, Personal vorausgesetzt. Es findet sich ein reines Betreuungsangebot mit vielen Kindern aus verschiedenen Altersstufen in Gruppen
- Die GRÜNEN in Trier sehen durch den rechtlichen Anspruch ab 2026, dass womöglich die Ganztagsschulen alleine die steigenden Bedarfe nicht abdecken können. An einen Abbau der Trierer Horte und ein Abschaffen der Hort-Plätze denken die GRÜNEN nicht, solange es für sie Bedarf über Anmeldungen von Eltern an Hort-Plätzen gibt



Vorteile der Horte

Ganzjähriges Angebot meist bis 18.00 Uhr.

Betreuung der Kinder, sofern durch Lehrerfortbildung oder Krankheit kurzfristig Unterrichtsstunden ausfallen. Angebot auch in den Ferien mit Ausnahme von 2-3 Wochen Sommerferien (diese Zeit ist ja auch von Eltern gut zu überrücken).

Eltern können also gemeinsam Urlaub planen und sind nicht gezwungen - jeder für sich - die Urlaubstage so zu planen, dass immer ein Elternteil die Ferientage auffangen kann.

Vielfältige pädagogische Angebote Freizeitangebote, Ferienfreizeiten, intensive Hausaufgabenbetreuung

Nachteile der Horte

Horte werden von Eltern einkommensabhängig finanziert: die Eltern bezahlen für den Platz und haben das Geld nicht für die Haushaltskasse zur Verfügung.

Es gibt keinen Rechtsanspruch auf einen Hortplatz. Dementsprechend stehen nur wenig Hortplätze zur Verfügung. Das Gro der Eltern bzw. Kinder kann nicht in einem Hort aufgenommen werden.

Horte brauchen Räume, bedeuten für den Träger Personalkosten und Sachmittel.

Es gibt auch dort Personalengpässe.

Fazit

Ein guter Mix aus Hortplätzen und Ganztagsbetreuung in unterschiedlichen Formen (betreuende Grundschule, Ganztagschule) ist aus unserer Sicht wünschenswert. Wir bleiben hierbei bei der Maxime: Wahlfreiheit der Eltern. Die Vergabe der (wenigen Plätze) sollten Elternvertreter miteinbezogen werden. Der Stadtelternausschuss sollte Kriterien erstellen, für die Vergabe der Plätze.

Ganztagschule

Vorteile

Es ist ein Angebot, das alle Schüler nutzen können.

Es ist kostenfrei für alle Eltern.

Hausaufgaben werden betreut, allerdings spielt sich der gesamte Tagesrhythmus der Kinder im Schulgelände ab, dadurch entfällt der Fuß oder Busweg für die Kinder.

Im Schulgebäude finden alle Freizeitaktivitäten statt.

Nachteile

Die Klassenraumatmosfera ist gewiss nicht zu einladend wie die Gestaltung der Gruppenräume, die im Hort möglich sind.

Es gibt keine Ausweichmöglichkeiten zur Schule: wenn Kinder nicht gerne in die Schule gehen, kann der Verbleib auch in der Freizeit am Nachmittag für diese Kinder sehr langatmig und eintönig (negativ) sein.

Die Betreuung in den Ferien müssen die Eltern selbst organisieren d.h. für diese Zeiten müssen sich die Eltern, die berufstätig sind, den eigenen Urlaub aufteilen (kein gemeinsamer Urlaub oder nur begrenzt, da die langen Ferien und Schließtage überbrückt werden müssen).



Für uns als SPD steht hier kein Gegensatz. Nur gemeinsam sind wir stark für Kinder und Familien. Für uns gilt der Grundsatz: es soll für die Eltern das Angebot wählbar sein, das ihren Bedürfnissen am besten entspricht. Der Ausbau an Ganztagsschulangeboten entspricht der wachsenden Nachfrage. Denn schon heute sind viele Kinder unversorgt, obwohl ihre Eltern einen Bedarf dafür hätten, Ganztagsförderung in der Schule – sogar gebührenfrei – zu bekommen. In diesem Sinne wollen wir Familiengrundschulzentren in Trier errichten, in denen Kitas, Grundschulen und Vereine den Lebensraum Schule ganztags gestalten können. So werden Übergänge zwischen Kita und Grundschule erleichtert und die Stadtteile wieder belebt und in ihrer Attraktivität für Familien gesteigert.



Ganztagschulen sind ein wesentlicher Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Gegensatz zur Landesregierung, die hier vor allem auf die verpflichtende Form setzt, bevorzugen wir das Modell in Angebotsform ebenso wie die Arbeit von Horten. Diese Modelle räumen nicht nur Eltern eine größere Flexibilität ein, sondern lassen erheblich mehr Freiräume für außerschulische Aktivitäten jeglicher Art. Fußballtraining, Musikunterricht, kirchliche oder vereinsgebundenen Jugendarbeit und vieles andere findet zumeist am Nachmittag oder am frühen Abend statt. Wenn der Großteil eines Jahrgangs die

verpflichtende GTS besucht, werden solche, für die individuelle Entwicklung unserer Kinder außerordentlich bedeutsamen Angebote kaum noch aufrecht zu erhalten sein.



Die Linksfraktion hat sich vehement schon 2021 dafür eingesetzt, **ein gesamtstädtisches Konzept der „Ganztagsförderung“** gemeinsam mit den Schulen und den Trägern der Horte zu entwickeln.

Bisher ist dies nicht geschehen. Wir fordern, dass die Horte neben den Ganztagschulen alle erhalten bleiben, damit Eltern die Wahlmöglichkeit bleibt. In anderen Städten wurden Konzepte entwickelt, die eine enge Kooperation der Ganztagschulen mit den Horten beinhalten - auch an einem Standort - wodurch Synergieeffekte (flexible Öffnungszeiten, gemeinsame Mensa/Küche, Freizeitangebote) entstehen, von denen beide Betreuungsarten profitieren. Der Personalschlüssel und die Betreuungsrelation (Kind/päd. Fachkraft) ist in Horten besser und müsste dringlich an den Ganztagschulen angepasst werden.

Von Vorteil an Ganztagschulen ist, dass auch Lehrkräfte im Ganztage eingesetzt werden. Diese haben einen engeren Bezug zu den Unterrichtsinhalten, der für die Schüler*innen von Vorteil sein kann. Manche Ganztagschulen arbeiten rhythmisiert; d.h. Freizeit- und Unterrichtsinhalte werden auf den Ganztage verteilt. Das entspricht dem Lernrhythmus der Schüler*innen. Auch an diesen Schulen könnte eine Kooperation mit den Horten stattfinden. Da Ganztagschulen kostenfrei sind, wird für viele Eltern der Hort nicht in Frage kommen. In einigen Fällen entscheidet das Jugendamt, dass Schüler*innen einen Hort besuchen. In diesen Fällen werden die Kosten getragen.

Die Linksfraktion wird sich weiterhin für die bestmögliche Förderung/Betreuung im Ganztage einsetzen, wobei wir uns aktiv gegen eine Schließung von Horten und für eine Ausweitung der Standorte für Ganztagschulen stark machen. Die Kosten für die Hortbetreuung müssen gesenkt werden bzw. analog der schulischen Förderung/Betreuung kostenfrei sein.

Wir setzen uns ein für die Erfüllung der Raumbedarfe (Mensa, Ruhe- und Rückzugsräume) und eine gute und angemessene Ausstattung aller förder-/Betreuungsangebote im Ganztage.


Unabhängige Bürgervertretung Trier e.V.

Ob Ganztage oder Hort hängt sehr stark vom Bedarf der Eltern in der Betreuungszeit ab (gerade auch im Schichtbereich oder in den Ferien).

Hier müssen für beide Systeme Platz und finanzielle Möglichkeiten vorhanden sein! Die Vor- und Nachteile beider Modelle haben wir im Gespräch deutlich herausgearbeitet. Hort und Ganztage müssen als Modelle nebeneinander laufen.



Beide Modelle sollten nebeneinander bestehen bleiben. Wichtig ist, dass jedem ein Ganztagsangebot zur Verfügung steht, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin gewährleistet wird.

Daher ist eine gesamtstädtische Planung wichtig, die die Konkurrenz zwischen den Modellen vermeidet. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Förderung von Kindern und Jugendlichen nicht auf den Schulunterricht beschränkt sein darf.

Ausstattung der Kindertagesstätten

Kitas, Horte und Tagesmütter haben als Lernumgebung signifikanten Einfluss auf die frühkindliche Förderung und damit auch in hohem Maße auf die Gesellschaft. Die materielle Ausstattung dieser Einrichtungen kann einen wichtigen Beitrag zur frühkindlichen Förderung einerseits, andererseits zur Verbesserung integrativer und inklusiver Maßnahmen beitragen. Wie möchte Ihre Partei die Ausstattung solcher Einrichtungen fördern und welche Merkmale sollte die Ausstattung mindestens erfüllen.



- Jede Einrichtung der Kinderbetreuung benötigt zur Umsetzung Ihres pädagogischen Auftrags eine altersgerechte Ausstattung, die den frühkindlichen Grundbedürfnissen zum Erleben und Ausleben ihrer Kreativität und Neugier gerecht wird. Die Mindestanforderungen definieren sich durch pädagogische Kindergartenkonzepte, die die jeweiligen Träger anbieten, sie ergeben sich auch an den pädagogischen Standards der Jugendhilfe, sowie an gebäudespezifischen Notwendigkeiten inkl. Sanitärbereichen und Sportstätten
- Grundsätzlich vereinbaren Kindergärten und ihre Träger mit den örtlichen Jugendämtern die Ausfinanzierung der Ausstattungen, weitere Mittel können gegebenenfalls – auch mit Unterstützung der Trierer GRÜNEN bei der Akquise – eruiert werden
- Auch (Eltern-)Fördervereine können finanziell unterstützen, jedoch verweisen die Trierer GRÜNEN gerne auch auf die Möglichkeit, mit den jeweiligen Ortsvorsteher:innen ins Gespräch zu gehen, denn auch hier sind Budgets für Stadtteil-relevante Projekte oder kleinere Investitionen verfügbar. Sprechen Sie dazu gerne z. Bsp. mit den GRÜNEN Ortsvorsteher:innen Nicole Helbig (Trier-Süd), Ole Seidel (Kürenz), Michael Düro (Mitte/Gartenfeld) oder Dirk Löwe (Trier-Nord) so wie auch alle anderen ein offenes Ohr haben sollten



Die CDU unterstützt die geplanten Maßnahmen für die Kitas und Horte in den entsprechenden Ausschüssen und im Stadtrat.

Wir fordern weiterhin die Grundschule vor Ort (Kurze Beine- Kurze Wege) und sehen Kitas wie auch die Grundschule als wichtigen Bestandteil der stadtteilbezogenen Gemeinschaft.

Die CDU unterstützt sowohl die räumliche als auch die personelle Ausstattung sowie Zuschüsse zu den Sachkosten zur Ausstattung.

Ausreichend große Gruppen und Nebenräume, Mensa oder Essraum, Ruheräume, Außengelände-Spielfläche, Turn und Bewegungsmöglichkeiten innerhalb der Einrichtungen (Turnhalle).



Die SPD unterstützt schon heute in den Gremien immer wieder die finanzielle Förderung der Ausstattung der Kitas nicht nur bei Sanierungen oder Neubauten. Darüber hinaus fließen von der SPD-geführten Landesregierung eine Milliarde Euro im Jahr für die frühkindliche Bildung ins ganze Land, die auch an die Träger verteilt werden, um Kitas gut auszustatten. Dies wollen wir als SPD zukünftig noch weiter ausbauen. Wir sehen noch einen Bedarf an Unterstützung für den Besuch von Kitas und Schulen zu außerschulischen Lernorten, wie dem Meulenwald oder dem Haus der Kleinen Forscher. Hier wollen wir als Trierer SPD in den Gremien ein Freifahrtkontingent bei den Stadtwerken Trier erreichen, um Bildung für alle Kinder zugänglich zu machen und solche Fahrten nicht von der Finanzkraft der Eltern oder Fördervereinen sowie Trägern abhängig zu machen. Das ist für uns auch ein Ausdruck von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.



Eine zeitgemäße und gute Ausstattung unserer KiTas ist für die AfD eine Selbstverständlichkeit. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass persönliche Zuwendung und gute individuelle Betreuung durch eine ausreichende Zahl an qualifizierten Erziehern Priorität gegenüber einer teuren Sachausstattung haben sollte.



Kinder sind unsere Zukunft und entsprechend haben Gebäude, die Lebens- und Lernorte sind, höchste Priorität. Kinder, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit in Kitas und Schulen verbringen, haben in erster Linie Anspruch auf Räume, die nicht ihrer gesundheitsgefährdend sind. Für diese Selbstverständlichkeit haben die Stadt gemeinsam mit den Trägern zu sorgen.

Die eingestellten Mittel für die Gebäudeinstandhaltung liegen um die Hälfte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt aller anderen Städte.

Die Reinigung muss an den Bedarfen der Kitas und nicht an den Kosten bemessen werden.

Küchen, Essräume und auch ausreichend Räume zum Ruhen und Entspannen müssen an Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Die Anordnung/Anzahl/Größe der Räume muss die Umsetzung moderner offener pädagogischer Konzepte gewährleisten.

Die Kindertagesstätten müssen mit allen qualitativ hochwertigen pädagogischen Materialien, hochwertigem Mobiliar und anregungsreichen Spielgeräten im Innen- und Außenbereich ausgestattet werden. Besonderer Wert ist auf die Gestaltung der Außenanlagen zu legen.

Die Linksfraktion setzt sich für die oben genannten Forderungen ein und unterstützt Eltern und Träger von Kitas, auch auf Nachfrage, dass diese umgesetzt werden.



Was die Ausstattung der Kitas angeht, haben wir bereits festgestellt, dass wir da in Trier nicht schlecht aufgestellt sind. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Investitionen in Kitas, Schulen und Sportanlagen gehören für uns zu den Muss-Standards einer jeden Stadt.



Die Stadt ist hierbei an gesetzliche Vorgaben gebunden, die nur Mindeststandards vorgeben. Vieles, was dringend notwendig oder wünschenswert ist, kann häufig nur auf anderem Weg finanziert werden. Wir als FDP wollen, dass das Ortsbeiratsbudget wieder ausgebaut wird, so dass den Ortsbeiräten wieder mehr Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dadurch hätten die Ortsbeiräte die Möglichkeit, die Ausstattung ihrer KiTas aus eigenen Mitteln bedarfsgerecht zu optimieren.

Unterstützung der Elternvertretung

Rheinland-Pfalz hat eines der fortschrittlichsten Gesetze zur Elternmitwirkung und ist damit Vorreiter in Deutschland. Es regelt die Elternmitwirkung und fordert die Bildung von Gremien der Elternvertretung auf den Ebenen der Kitas (Elternausschuss bzw. Kitabeirat), der Städte (Stadtelternausschuss) oder Kreise (Kreiselternausschuss) und des Landes (Landeselternausschuss).

Konkret für Trier: Wie denken Sie kann Ihre Partei die Elternvertretung und damit uns als Stadtelternausschuss in Zukunft unterstützen und welchen Wert bemessen Sie der Elternmitwirkung in Kitas bei?



- Die GRÜNEN Trier sehen die Elternvertretung und den Stadtelternausschuss als wichtigen Teil in unseren gesellschaftspolitischen Betrachtungen. Wir unterstützen in allen partizipativen Vorhaben, bieten uns gerne auch als Mittlerin und Sprachrohr für Ihre Anliegen und ermutigen Sie, Ihr Rede- und Antragsrecht in den kommunalen Gremien zu nutzen.
- Wir unterstützen ebenso eine jährliche finanzielle Unterstützung für den StEA, über die angemessene und realisierbare Höhe darf in den entsprechenden Haushalts-Gremien und dialogisch mit Ihnen besprochen werden, doch GRÜN in Trier setzt sich grundsätzlich für ein auskömmliches Budget ein, um Ihre Bereitschaft, für die Jüngsten in unserer Stadt einzutreten zu ermöglichen und nicht dass es am Geld scheitert und somit verhindert.



Die CDU unterstützt die fortschrittlichen Gesetze zur Elternmitwirkung in Rheinland-Pfalz, sie müssen jedoch nachjustiert werden (Kein Gießkannen- und auch kein Rasenmäher-Prinzip).

Die Ebenen der Elternvertretungen in jeder Kita und jedem Hort begrüßen wir sehr. Wir sind gerne Ansprechpartner für Sie und die Anliegen der Kinder, wenn es um die Erweiterung oder Aufstockung an Einrichtungen insgesamt bzw. von Ganztagsplätzen in den Einrichtungen und beziehen Position, sofern Einrichtungen geschlossen werden sollen. Wie z.B. im Hort-Heiligkreuz.

Wir unterstützen Sie bei Ihren Anträgen im Jugendhilfeausschuss und stehen jederzeit für Gespräche und den Austausch zur Verfügung. Ihre Anliegen werden mit in die Fraktionssitzungen genommen und dort beraten und im Stadtrat dann positiv unterstützt.



Die Stärkung der Elternmitsprache in Kitas ist für uns als SPD wichtig. Wir waren es, die dies im Kitagesetz des Landes 2021 rechtskräftig auf den Weg gebracht haben. Warum? Die Eltern üben mit Erzieher:innen die Erziehungspartnerschaft für das Kitakind aus. Und da ist es klar, dass wir als SPD es garantiert wissen wollen, dass die Rechte der Eltern – übrigens auch die der Kinder – gestärkt wurden. So entstanden u. a. auch die Kitabeiräte und die Stadtelternausschüsse. In diesem Sinne haben wir als SPD großen Respekt für diese ehrenamtliche Arbeit, die positiv auf eine gute Entwicklung der Kinder und der gesamten Kitalandschaft mit einwirken kann. Die Idee, dafür beispielsweise ein Budget von z. B. 5.000 Euro im Jahr für Angebote an Fortbildungen seitens der Stadt bereitzustellen, halten wir als Trierer SPD daher für folgerichtig und dringend zu diskutieren.



Eltern sind nicht nur die hauptverantwortlichen Erzieher ihrer Kinder (Artikel 6 Grundgesetz), sondern in der Regel auch die besten Experten für das Kindeswohl. Die AfD hält daher die Mitarbeit von Eltern in den KiTas ebenso für wichtig wie deren Einbezug in maßgebliche pädagogische Entscheidungen. Auch die Arbeit des Stadtelternausschusses unterstützen wir vor diesem Hintergrund gerne und werden uns im kommenden Stadtrat für eine angemessene finanzielle Ausstattung dieses Gremiums einsetzen.



Die Linksfraktion begrüßt die Stärkung der Elternrechte sehr! Ebenso wie wir uns immer für eine Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Die Linksfraktion wird sehr gerne mit Ihnen zusammenarbeiten und Ihre Arbeit intensiv unterstützen. Wenn Sie Anliegen an uns herantragen, werden wir diese in unsere Arbeit in den Ausschüssen und im Stadtrat aufnehmen und unterstützen. Wir werden gerne auch beratend/informativ Ihnen zur Verfügung stehen - auch vertraulich, soweit dies gewünscht wird. Wir bieten Ihnen an, jederzeit als Gäste Ihre Anliegen und Probleme in Fraktionssitzungen vorzutragen.



Die Elternvertretung ist für uns ein wichtiger Bestandteil der KiTas und stellen eine Seite des Vierecks von Kindern, Eltern, KiTa-Leitung und KiTa-Träger dar. Das Funktionieren einer KiTa hängt vom Zusammenwirken dieser vier Seiten ab. Gerne können wir Sie bei Ihrem Anliegen, nach Einrichtung eines Budgets unterstützen.